



SIEGFRIED LEHMANN  
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

78315 RADOLFZELL  
Schubertstr. 3  
Telefon: 07732 - 972443  
Telefax: 07732 - 972444  
siegfried.lehmann@web.de  
www.siegfried-lehmann.de

Büro:  
Charlotte Biskup  
Floriana Krügel  
Rheingasse 8  
78462 Konstanz  
Telefon: 07531 - 2842620  
Telefax: 07531 - 2842621

Öffnungszeiten:  
Mo. und Mi. 10-12Uhr  
Di. 13-16, Do. 8-12Uhr

Konstanz, 23.10.2009

## **Pressemitteilung zum atomaren Tiefenlager in der Schweiz**

**Lehmann: „Landesregierung lehnt sich selbstgefällig zurück und versagt dabei dem Landkreis Konstanz jegliche Unterstützung!“**

---

Die Forderung des Landkreises Konstanz sowie dessen Gemeinden, am weiteren Planungsprozess zum atomaren Tiefenlager an der Schweizer Grenze als betroffene Region von der Schweiz anerkannt zu werden, erfährt keinerlei Unterstützung von Seiten der Landesregierung: „Nach Aussage der Landesregierung reicht es aus, dass lediglich die Gemeinden im Umkreis von fünf Kilometern vom geplanten atomaren Endlager als weitere betroffene Gemeinden im Planungsprozess anerkannt werden. Die Sicherheitsinteressen des Landkreises Konstanz werden damit kaum ernsthaft berücksichtigt. Ein bloßes Anhörungsrecht der Gemeinden reicht nach Ansicht der Umweltministerin aus – ein ernstes Mitspracherecht der Landkreise im weiteren Planungsverfahren ist offensichtlich von der Landesregierung nicht gewünscht! Umweltministerin Gönner gibt fast täglich Stellungnahmen zum geplanten atomaren Endlager in Gorleben ab, aber dass an der Baden-Württembergischen Grenze zur Schweiz ein atomares Endlager geplant wird, interessiert Frau Gönner nicht.“ Siegfried Lehmann zeigt sich entrüstet über die ignorante Einstellung der Landesregierung und deren Unterschätzung der Bedeutung eines atomaren Endlagers für den südbadischen Raum. „Ich begrüße es daher umso mehr, dass sich die beiden Städte Radolfzell und Konstanz ebenso wie der Landkreis Konstanz deutlich für die Notwendigkeit der Berücksichtigung ihrer Interessen im weiteren Planungsverfahren ausgesprochen haben!“

In Gemeinderatssitzungen der Städte Konstanz und Radolfzell wurde in dieser Woche deutlich gemacht, dass die Gemeinden sowie der Landkreis Anspruch erheben, im weiteren Standortsuchverfah

ren für ein atomares Endlager an der Schweizer Grenze als betroffene Gemeinden von der Schweiz anerkannt und ernsthaft beteiligt zu werden. Der Konstanzer Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann begrüßt und unterstützt die Haltung der beiden Gemeinden: „Der Anspruch auf Betroffenheit ist für eine Berücksichtigung der Belange unserer Region im weiteren Planungsverfahren notwendig, da nur durch die Anerkennung der Betroffenheit eine Beteiligung des Landkreises und der Gemeinden überhaupt möglich ist!“, erläutert Lehmann die Bedeutung der Beschlüsse der Gemeinderäte Radolfzell und Konstanz.

In einem Antrag an die Landesregierung hatte der Grüne Abgeordnete auch die Landesregierung aufgefordert, sich für eine Berücksichtigung der Belange der an die Schweiz angrenzenden Landkreise Konstanz, Waldshut und Lörrach einzusetzen. Die Unterstützung aus Stuttgart blieb jedoch bedauerlicherweise aus: „Die Landesregierung hat deutlich gemacht, dass sie nicht gewillt ist, sich dafür einzusetzen, dass die Gemeinden und Landkreise in Südbaden als betroffene Gemeinden von der Schweiz anerkannt und am weiteren Planungsverfahren ernsthaft beteiligt werden. Die Landesregierung verweist auf bestehende Regelungen, welche lediglich ein Anhörungsrecht für die Gemeinden und Landkreise im Grenzbereich vorsehen und die Betroffenheit für Gemeinden nur in einem Umkreis von fünf Kilometer vom geplanten atomaren Endlager vorsieht.“, bedauert Lehmann das tatenlose Zusehen der Landesregierung bei der Planung eines atomaren Endlagers in direkter Nachbarschaft zur deutsch-schweizerischen Grenze.

In einer Stellungnahme der Landesregierung heißt es, die Landesregierung lehne die direkte Beteiligung der an die Schweiz angrenzenden Landkreise und deren Gemeinden ab, da sichergestellt werden sollte, dass diejenigen Gemeinden, welche in unmittelbarer Nähe zum atomaren Endlager liegen „auch das größte Gewicht in der regionalen Partizipation haben“. Der Grüne Landtagsabgeordnete kann über diese Haltung jedoch nur den Kopf schütteln: „Die Landesregierung unterschätzt damit deutlich die überregionale Bedeutung, die die Errichtung eines derartigen Endlagers für hochradioaktiven Abfall haben wird! Man kann doch nicht ernsthaft glauben, dass von den Auswirkungen eines atomaren Tiefenlagers auf die touristische und landwirtschaftliche Attraktivität oder gar von einem möglichen Störfall lediglich die direkt angrenzenden Gemeinden betroffen wären!“

Der Grüne Landtagsabgeordnete hofft daher darauf, dass aufgrund der deutlichen Positionierungen des Landkreises und der Gemeinden alle Gemeinden an der Schweizerischen Grenze bei der weiteren Planung des atomaren Endlagers berücksichtigt werden. „Die Städte Konstanz und Radolfzell sowie der Landkreis haben hier richtige und wichtige Signale gegeben. Es bleibt zu hoffen, dass sich auch die Landesregierung diesem Thema nochmals widmen und unsere Region unterstützen wird!“